



Call for Abstracts für die 4. Konferenz der GLHA

Arbeit. Bildung. Ermächtigung? Neue Perspektiven auf die Bildungsgeschichte von Arbeiter:innen

Veranstaltungsort: **Franckesche Stiftungen, Halle**

Datum der Konferenz: **18.–20. November 2026**

Deadline für die Einreichung von Abstracts: Ein Abstract mit etwa 400 Wörtern und ein kurzes akademisches CV (maximal eine Seite) sind bis zum **15. Januar 2026** zu senden an: Wiebke Wiede (wiede@uni-trier.de) und Stefan Müller (stefan.mueller@fes.de)

Rückmeldungen zur Einreichung bis: Ende Februar 2026

Die vierte Tagung der German Labour History Association (GLHA) befasst sich mit der Bildungsgeschichte von und für Arbeiter:innen in sozial- und kulturgeschichtlicher Perspektive vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Die Arbeiter- und Arbeiterinnenbewegung sowie die mit ihr verbundenen sozialen und politischen Bewegungen (wie Sozialdemokratie oder proletarische Frauenbewegung) waren immer auch Bewegungen, die im Kern versuchten, durch Bildung Selbstermächtigung und alternative politische Handlungsformen zu erreichen. Gleichwohl unterlag Bildung von oder/und für Arbeiter:innen in der sozialen und politischen Praxis stets divergierenden, gesellschaftlichen und individuellen Interessen.

Die Tagung soll die Bildung von „Arbeiterinnen“ und „Arbeitern“ (in einem weiten Begriffsverständnis) mit einem Fokus auf die Verflechtungen von Arbeit, Bildung und Ermächtigung beleuchten. Im Zentrum steht die Frage, wie Arbeiter:innen nicht nur als Akteur:innen sozialer Bewegungen, sondern auch als Produzent:innen und Träger:innen von Ideen und Konzepten sichtbar gemacht werden können.

Bildungspolitiken und Bildungskonzepte prägten die Geschichte der Arbeiter:innenbewegung. Im Sinne des Soziologen Wolfgang Engler kann hier auch von „arbeiterlicher“ Bildung gesprochen werden, die sowohl disziplinierend repressiv als auch emanzipatorisch progressiv ausgerichtet sein konnte. Dies betrifft sowohl den Bereich ökonomisch verwertbarer Bildung – und die Arbeiter:innenschaft war und ist Adressat solcher Bildungsmaßnahmen – als auch die kulturelle Bildung und Selbstbildung. Bildung von oder/und für Arbeiter:innen, arbeiterliche Bildung, war immer auch ein politisches Programm. Im 19. Jahrhundert organisierten sich Arbeiterbildungsvereine als Vorformen politischer Parteien. Später wurden sie integraler Bestandteil der zumeist sozialdemokratischen Arbeiterkulturbewegung. In der Bundesrepublik wurde Arbeiter:innenbildung als gewerkschaftliche Bildungsarbeit Teil des öffentlich finanzierten politischen Bildungsangebots. In der DDR war Arbeiter:innenbildung Staatsauftrag. Zu allen Zeiten ist das Eigeninteresse (der Eigensinn) von Arbeiter:innen, das Selbst nach eigenem Gusto zu bilden, in Rechnung zu stellen. Jenseits pädagogischer Ideale oder Ziele hatten

Arbeiter:innen in ihren Bildungsbestrebungen unter Umständen „nur“ die höhere Gehaltsstufe, ihr Freizeitinteresse oder ihr Amüsement im Blick.

Wir schlagen vor, uns dem Thema mit Methoden an den Schnittstellen von Sozial- und Kulturgeschichte zu nähern (z. B. Sozialgeschichte der Ideen oder eine sozial offene Intellectual History). Insbesondere ist uns an einer sozialen Kontextualisierung von Bildungsangeboten, Bildungspraktiken und Bildungsinstitutionen gelegen.

Die Tagung verfolgt zwei übergreifende Ziele: Erstens soll das intellektuelle Erbe der Arbeiter:innenbewegung und Arbeiter:innenbildung einer neuerlichen Untersuchung unterzogen werden, um deren Rolle in der politischen Ideengeschichte neu zu bewerten. Zweitens sollen die Wechselwirkungen zwischen praktischer politischer Bildungsarbeit und intellektuellen Konzepten beleuchtet werden, um zu zeigen, wie Bildung und Arbeit im Streben nach gesellschaftlicher Veränderung zentrale Elemente von Ermächtigung bildeten. Folgende Fragestellungen könnten im Rahmen der Tagung beispielsweise adressiert werden:

- Wer waren die Bildungsträger und -institutionen und welche unterschiedlichen Bildungsziele und Bildungsideale verfolgten diese? An welchen Orten spielte sich arbeiterliche Bildung ab?
- Inwiefern werden unterprivilegierte Schichten, gering Qualifizierte oder diejenigen, die im akademischen Sinn als ungebildet gelten, eingebunden? Welche Initiativen gab es für die Bildung von und für Arbeitsmigrant:innen? Welche (bildungs-)politischen Ziele verfolgten diese?
- Welche Praktiken von „Selbstbildung“ von Arbeiter:innen lassen sich nachweisen, auch jenseits institutioneller Settings?
- Wie ist die Konzeption und Praxis der Arbeiter:innenbildung im „Leseland DDR“, wie es Erich Honecker nannte, darzustellen? Wie wirkten sich staatliche Programmatiken und staatliche Lenkung auf die Bildungsinteressen von Arbeiter:innen in der DDR aus? Wie wirkte sich die Wiedervereinigung auf die Bildungslandschaften der Arbeiter:innenbildung in den „neuen“ Bundesländern aus?
- Wie ist das Verhältnis von Arbeiter:innenbildung zu den jeweilig zeitgenössischen Konzepten allgemeiner Pädagogik, insbesondere zur beruflichen Bildung, zur Weiterbildung und zur Industripädagogik zu beschreiben?
- War die Arbeiter:innenbildung ausschließlich Erwachsenenbildung? Welche Rolle spielte die Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen?
- Welche Hierarchien und Konflikte ergaben sich innerhalb der Arbeiter:innenbewegung bzw. unter den verschiedenen Akteuren, Trägern und Strömungen der Arbeiter:innenbildung?
- Ein besonderes Augenmerk gilt geschlechterhistorischen Fragestellungen. Welche Bildungskonzeptionen bestanden für Arbeiterinnen? Konnten Arbeiterinnen eigene Bildungsziele verwirklichen?

Beiträge können jedoch gern andere oder darüberhinausgehende Fragen und Problematiken adressieren.

Wir begrüßen Beiträge zur Bildungsgeschichte von Arbeiter:innen in Geschichte und Gegenwart, die den Blick über den deutschen Tellerrand erweitern, etwa durch eine transnationale oder globalhistorische Perspektive.

Die Konferenzsprache ist Deutsch, englischsprachige Beiträge sind gern gesehen.

Reisekosten und Unterkunft werden für Vortragende übernommen.

Weitere Informationen zur GLHA: <https://www.germanlabourhistory.de/>

Vorbereitungsteam: Wiebke Wiede (Universität Trier), Vincent Streichhahn (Universität Halle), Jens Elberfeld (Universität Halle), Jan Kellershohn (Institut für Landesgeschichte am LDA Sachsen-Anhalt), Till Kössler (Universität zu Köln), Stefan Müller (Archiv der sozialen Demokratie), Niklas Venema (Universität Leipzig), Johanna Wolf (Max-Planck-Institut für Rechtsgeschichte und Rechtslehre)